



PARTEI der
HUMANISTEN ^{BW}
Baden-Württemberg



**FORTSCHRITT
IST WÄHLBAR**

Wahlprogramm

Partei der Humanisten

Landtagswahl Baden-Württemberg

Am 14. März 2021

UNSER POLITIKSTIL

RATIONAL

Erst sammeln wir ergebnisoffen alle wichtigen Fakten, dann entwickeln wir unsere klare Position. Oft entstehen so zunächst unterschiedliche Sichtweisen zu einem Thema, bevor wir uns auf einen Standpunkt festlegen. Dabei hören wir nicht nur auf die Wissenschaft, wir arbeiten auch nach wissenschaftlichen Methoden. Frei von Dogmen hinterfragen wir immer wieder, ob unsere Standpunkte noch den neuesten Erkenntnissen der Fachleute entsprechen. Immer wenn sich die Fakten ändern, denken wir auch neu über unsere Position zum Thema nach. Das ist ganz normal, denn täglich werden neue Erkenntnisse gewonnen. Seine Positionen anzupassen, bedeutet nicht einzuknicken, sondern ermöglicht moderne Politik, die unsere Gesellschaft fit für die Zukunft macht.

LIBERAL

Freiheit und Selbstbestimmung sind kein Widerspruch zu Solidarität und Gerechtigkeit. Und umgekehrt auch nicht. Wir wollen gleiche Chancen für alle. Und dass jeder auf seine Art das für sich Beste daraus machen kann. Aber kollektive Ergebnisgleichheit lehnen wir ab. Denn jeder Mensch ist einzigartig und jede Gesellschaft ist die Summe ihrer einzigartigen Teile!

FORTSCHRITTLICH

Wir lieben neue Technologien und weltbewegende wissenschaftliche Errungenschaften. Denn nichts birgt eine größere Chance für die Menschheit. Nichts kann Gesellschaften schneller voranbringen.



UNSER LEITBILD

Im Mittelpunkt des Denkens und Handelns steht der Mensch selbst, seine Freiheit, sein Wohl, sein Glück und seine Entwicklung. Von ihm gehen Erkenntnis, Vernunft und Ethik aus. Er handelt, um positiv auf sich und auf Mitmenschen zu wirken. Kein Dogma und keine Ideologie sind dem menschlichen Wohlergehen oder den naturwissenschaftlichen Erkenntnissen übergeordnet. Deshalb sind die Selbstbestimmung des Menschen und die Menschenrechte auch für den Humanismus von zentraler Bedeutung und essenzielle Bestandteile von Menschenrechtskonventionen und demokratischen Verfassungen weltweit.

Die individuelle Freiheit ist die wichtigste Voraussetzung, um ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben zu führen. Der Mensch ist eigenverantwortlicher Gestalter seines Lebens und der Gesellschaft. Grundsätzlich soll der Staat nicht bestimmen, was für ein erwachsenes Individuum richtig ist und welche Entscheidungen es für das eigene Leben trifft. Viel mehr hat er die Aufgabe, neben anderen Rechten insbesondere die individuelle Freiheit zu gewährleisten und zu schützen. Menschen setzen auf gegenseitige Hilfe und

Solidarität. Durch Arbeitsteilung und noch mehr durch friedliche und kooperative Zusammenarbeit erreicht jeder Mensch für sich und die Menschheit insgesamt Hochleistung und Fortschritt. Als Humanisten schützen und unterstützen wir auch die schwächsten Mitglieder der Menschheit nach unseren besten Möglichkeiten. Eine gerechte Gesellschaft ist eine erfolgreiche Gesellschaft.

Eine humanistische Gesellschaft wächst durch fundierte Erkenntnisse und die positive Wirkung auf das menschliche Zusammenleben. Wir nehmen unsere Zukunft aktiv in die Hand. Dabei ist es wichtig, Chancen und Risiken realistisch zu bewerten, und vorhandene Möglichkeiten und Werkzeuge verantwortungsvoll einzusetzen, um unseren Lebensraum und unsere Mitbewesen zu schützen und für kommende Generationen zu erhalten. In diesem Sinne sind wir eine soziale, liberale und progressive Partei.

Das Leben in einer humanistischen Gesellschaft wird ausschließlich durch gemeinschaftlich vereinbarte Normen geregelt, die sich aus einer kritisch-rationalen und wissenschaftlich fundierten Auseinandersetzung mit der Realität ergeben. Wir folgen der von Menschen ständig weiterentwickelten Ethik ohne metaphysische Bezugspunkte. Humanistische Politik dient einzig dem Menschen und keinen Religionen, Ideologien, Dogmen oder Kollektiven. Wir sehen den Bürger als aufgeklärt und selbstbestimmt. Deshalb binden wir die Menschen in unsere Arbeit ein und bieten eine transparente und nachvollziehbare Politik.

Unser vollständiges Leitbild kannst du unter www.diehumanisten.de nachlesen.

INHALTSVERZEICHNIS

Unser Politikstil	1
Unser Leitbild	1
Inhaltsverzeichnis	3
Klima & Energie	4
Energie – aber CO2-neutral	4
Klimawandel bekämpfen	5
Gesundheit	7
Versorgungssicherheit	7
Selbstbestimmung & evidenzbasierte Medizin	8
Bildung	9
Humanistische Bildungsumgebung	9
Digitale Bildungsinfrastruktur	10
Mobilität	11
Mobilität nachhaltig gestalten	11
Nah- & Fernverkehr ausbauen und vernetzen	12
Digitalisierung	13
Upgrade der Infrastruktur	13
Digitalisierung für gesellschaftlichen Mehrwert	14
Landwirtschaft	15
Sozialpolitik	17
Wohnen	18
Säkularisierung	19
Wissenschaft	20
Europa	21
War das schon alles?	23
Umweltschutz	23
Familie	23
Sicherheit	24
Wirtschaft	24
Psychoaktive Substanzen	25

KLIMA & ENERGIE

Eine der größten Herausforderungen unserer Zeit ist die Vermeidung weiterer Folgen des vom Menschen verursachten (anthropogenen) Klimawandels. **Als eines der zentralen Leitmotive politischen Handelns gilt es zum einen das Voranschreiten des Klimawandels zu verhindern**, zum anderen seine negativen Auswirkungen zu kompensieren. Dieses Leitmotiv sehen wir auf allen Ebenen politischen Handelns. Sowohl das Aufhalten des anthropogenen Klimawandels als auch die Eindämmung der Auswirkungen müssen ideologiefrei und **auf Basis neuester wissenschaftlicher Fakten** stets weitergedacht werden.

ENERGIE – ABER CO2-NEUTRAL

Für eine erfolgreiche Energiewende benötigen wir ein strategisches und umfassendes Konzept, das flexibel an wissenschaftliche Erkenntnisse und verfügbare Technologien angepasst wird. Ein starres, von realen Möglichkeiten und Notwendigkeiten unabhängiges Ziel wird zwangsweise scheitern. Letztlich muss auch der steigende Energiebedarf, beispielsweise durch die Elektrifizierung des Individualverkehrs, berücksichtigt werden.



Deswegen stehen wir für eine Energiewende 2.0, welche zielgerichtet und verantwortungsvoll die Dekarbonisierung des Energiesektors vorantreibt. Energie kann auf zahlreiche Arten erzeugt werden, egal ob Solarenergie, Wind- oder Wasserkraft, Geothermie oder Kernenergie. Jede Erzeugungsart muss auf Basis der aktuellen und zukünftigen Bedürfnisse und Risiken vorurteilsfrei geprüft und eingesetzt werden. Dabei ist der aktuelle Stand von Forschung und Entwicklung stets zu berücksichtigen.

Erneuerbare Energieerzeugung in Kombination mit zentralen oder dezentralen Speichern kann eine tragende Rolle spielen, wenn politische und technologische Hindernisse abgebaut werden. Während Gaskraftwerke zwar kurzfristig die Kohle ersetzen können, muss eine vollständige Dekarbonisierung der Stromerzeugung als Ziel gefasst werden. Deswegen muss Forschung in alle Richtungen gefördert werden. Gerade Baden-Württemberg ist für diese Transformation durch Solar- und Windenergie zusammen mit Geothermie sehr gut geeignet. Dabei müssen alle dafür geeigneten Dachflächen mit Solarzellen versehen und als Teil eines dezentralen Energienetzes mit Speichern vor Ort ausgestattet werden. Die öffentliche Hand kann hier eine Vorreiterrolle mit ihren Liegenschaften spielen, aber es müssen vor allem finanzielle Anreize und raumplanerische Maßnahmen getroffen werden, um dieses Ziel zu erreichen. Windkraftanlagen müssen zielgerichtet auf dafür geeigneten Flächen gemäß Windatlas errichtet und betrieben werden. Ebenso muss das große Energiespeicherpotential durch Pumpspeicherkraftwerke im Schwarzwald hierzu neu evaluiert werden.

Geothermie kann vielerorts die wegfallenden fossilen Erzeuger von Fernwärme ersetzen, die aber zusätzlich durch Wärmequellen aus dem Industriesektor, zum Beispiel Fabriken und Rechenzentren, ergänzt werden sollte, um langfristig eine nachhaltige Wärmeversorgung bereitzustellen und weiter ausbauen zu können.

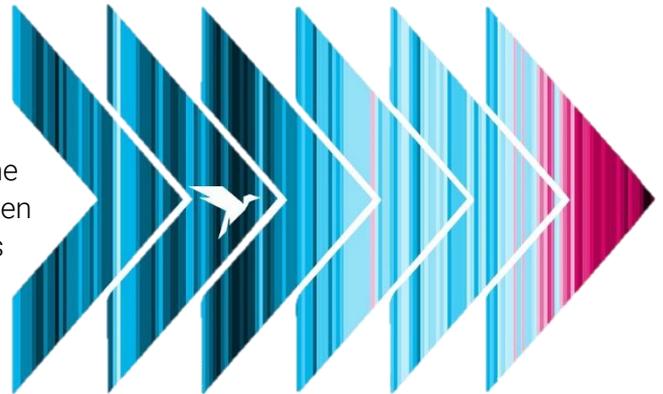
Um die Finanzierung von erneuerbaren Energien besser abzufedern, möchten wir die Gründung von Energiegenossenschaften landesweit vorantreiben und jede Kommune dazu anregen, dass ihre Bürger Anteil an der Energiewende haben können. Auch möchten wir uns bundesweit für eine Novellierung der EEG-Umlage, der Mieterstromgesetze sowie einer nachhaltigen Anpassung der CO₂-Steuer einsetzen, um eine faire Verteilung und Vergütung von erneuerbarer Energie zu gewährleisten.

Forderungen:

- ✓ Technologieoffene Lösungsfindung
- ✓ Ausbau von Solar- und Windenergie
- ✓ Ausbau der dezentralen Energie-Speicher- und Verteilungskapazitäten
- ✓ Geothermie für Wärme- und Energieerzeugung
- ✓ Gründungsförderung von Energiegenossenschaften
- ✓ Verbesserte Rahmenbedingungen bei Mieterstrom, EEG-Umlage und CO₂-Steuer

KLIMAWANDEL BEKÄMPFEN

Die Auswirkungen des Klimawandels sind bereits heute direkt und auf vielfältige Art zu spüren. Selbst bei erfolgreicher CO₂-Reduktion werden wir noch über Jahrzehnte eine Verschärfung dieser Auswirkungen beobachten können. Deswegen ist es wichtig, bereits frühzeitig die Infrastruktur auf diese neuen Herausforderungen auszulegen.



Neben der Verringerung des CO₂-Eintrags in die Atmosphäre durch Dekarbonisierung der verschiedenen Wirtschaftssektoren, muss zusätzlich CO₂ der Atmosphäre entzogen werden. Zum einen um den Eintrag der vergangenen Jahrzehnte zu reduzieren, zum anderen um noch bestehende CO₂-Erzeugung zu kompensieren. Hierbei können Carbon-Capture and Storage (CCS) Anlagen sowie andere Methoden zur Reduktion des atmosphärischen CO₂s die Lösung bringen. Eine Weiterentwicklung und Erforschung dieser Technologie müssen auch in Baden-Württemberg vorangetrieben werden. Des Weiteren bieten Power-to-X Technologien die Option atmosphärisches CO₂ in Treibstoff umzuwandeln. Wir sehen darin eine Schlüsseltechnologie zur Dekarbonisierung des gesamten Primärenergiebedarfs.

Die Auswirkungen des Klimawandels, Hitze und extremen Wetterereignissen, treffen zunehmend auch unsere Region, was eine Anpassung unserer Infrastruktur und Lebensweise an diese neuen Begebenheiten unvermeidbar macht. Gerade Städte heizen sich durch starke Versiegelung und zusätzlichen Hitzeintrag besonders auf. Dieser Effekt der Hitzeinseln muss reduziert werden. Die Versiegelung von Grünflächen muss weitgehend vermieden und Bauwerke mit nachhaltiger Dach- und Fassadenbegrünung versehen werden. Beides lässt sich auch mit Solar- und kleinen Windkraftanlagen kombinieren.

Wir möchten dem Baustoff Holz in öffentlichen Baumaßnahmen den Vorzug geben und die bauplanerischen Rahmenbedingungen für dessen Einsatz erleichtern, da dieser CO₂ direkt in unserer Infrastruktur bindet und verschiedene weitere umwelttechnische Vorteile bringt.

So wie die Fernwärme eine effiziente Wärmeversorgung innerhalb der Siedlungsfläche durch Wärmeerzeugung außerhalb davon gewährleisten kann, kann die Fernkälte den gleichen Effekt zur Kühlung erbringen und die zahlreichen Klimaanlageanlagen im Stadtgebiet redundant machen. Denn Klimatisierung wird bei weiter steigenden Temperaturen zunehmend wichtiger.

Den vielen weiteren negativen Auswirkungen des Klimawandels, beispielsweise auf unsere Wälder und Landwirtschaft gilt es mit innovativen Ideen entgegen zu treten. Diese möchten wir spezifisch fördern und unser Land nachhaltig auf die Veränderungen der kommenden Jahrzehnte vorbereiten.

Unsere Forderungen:

- ✓ Förderung von Maßnahmen zur Reduktion des atmosphärischen CO₂s
- ✓ Schutz und Erschließung von Grünflächen und CO₂-Senken
- ✓ Fassaden- und Dachbegrünung weiter fördern
- ✓ Ausbau der Fernwärme- und Fernkälte-Kapazitäten
- ✓ Spezifische Förderung von Klimaadaptionsmaßnahmen

GESUNDHEIT

Ein **leistungsfähiges und zugängliches Gesundheitssystem** ist Grundlage für ein nachhaltiges gesellschaftliches Zusammenleben. Aber nicht erst seit der Corona-Krise haben sich sowohl Stärken als auch Schwächen in unserem System kenntlich gemacht. Gesundheit ist ein hohes Gut und stellt, als **Grundlage für ein glückliches und selbstbestimmtes Miteinander**, eine wichtige Komponente einer humanistisch orientierten Politik dar.



VERSORGUNGSSICHERHEIT

Eine der größten Herausforderungen für ein Gesundheitssystem ist es, die Versorgungssicherheit der Gesellschaft sowie einen fairen und adäquaten Zugang zu gewährleisten. Von der Ausbildung von medizinischem Fachpersonal bis zu dessen flächendeckendem Einsatz darf kein systembedingter Engpass gegeben sein.

Es müssen wieder mehr Studienplätze im Bereich Medizin eingerichtet werden, um den Folgen des demografischen Wandels besser begegnen zu können und personelle Lücken nachhaltig zu schließen. Gleiches gilt für das Einrichten von Ausbildungsplätzen von medizinischem Fach- und Pflegepersonal. Für diese muss eine faire Vergütung sichergestellt sein, die der Bedeutung dieser Berufe für unsere Gesellschaft angemessen entspricht.

Direkt vor Ort müssen die Arbeitsbedingungen des medizinischen Personals verbessert werden. Eine chronische Unterversorgung an Personal und Gebrauchsgütern, insbesondere in Krisensituationen, darf sich nicht wiederholen. Es bedarf mehr und zielgerichteter Kontrollen, um die Qualität bei Pflege und Behandlung sicherzustellen. Die Arbeit des medizinischen Personals muss sich wieder mehr um die Versorgung der Patienten und weniger um Bürokratie drehen.

Eine flächendeckende medizinische Versorgung muss stets gewährleistet sein. Die Verteilung von Fachpersonal muss besser gelenkt und unabhängig von wirtschaftlichen Interessen erfolgen. Eine weitere Privatisierung von Krankenhäusern lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir uns für die Rückabwicklung von Häusern der Grund- und Regelversorgung ein. Auch muss die Anzahl an Notfallpraxen und -Einrichtungen erhöht werden. Der Wochentag darf nicht über die Qualität und Abwicklung einer Behandlungsmaßnahme entscheiden. Um hier dennoch die gegebenen Ressourcen zu schonen, bedarf es einer besseren Lenkung der Patientenströme. Chatbots und per Video erreichbares Fachpersonal sowie ein allgemeiner Ausbau der Gesundheitskompetenz der Patienten sollen diese bei ihrer medizinischen Ressourcenauswahl unterstützen.

Um unser Gesundheitssystem auch langfristig stabil und nachhaltig aufzustellen, bedarf es konstanter Evaluation fehlerhafter und erfolgreicher Praktiken im In- und Ausland. Langfristig streben wir die Einführung einer einheitlichen solidarischen Krankenversicherung mit einkommensabhängigen Beiträgen und damit ein Ende der Zweiklassenmedizin an. Dies würde

eine ausreichende Versorgung sicherstellen, die Kosten begrenzen und den Verwaltungsaufwand stark reduzieren.

Forderungen:

- ✓ Arbeitsbedingungen verbessern, Qualitätssicherung gewährleisten
- ✓ Angemessene Vergütung von Fach- und Pflegepersonal sicherstellen
- ✓ Abbau von Bürokratie
- ✓ Mehr Studien- und Ausbildungsplätze einrichten
- ✓ Ausbau der Kapazitäten in der Notfallversorgung
- ✓ Bessere Lenkung der Patientenströme durch neue Technologien und Aufklärung
- ✓ Rückabwicklung der Privatisierung von Häusern der Grund- und Regelversorgung
- ✓ Langfristige Einführung einer einheitlichen und solidarischen Bürgerversicherung

SELBSTBESTIMMUNG & EVIDENZBASIERTE MEDIZIN

In einem modernen Gesundheitssystem darf es keine moralische Bevormundung geben. Jeder Mensch hat ein Recht auf Selbstbestimmung auch bei medizinischen Fragen. Der Einsatz medizinischer Verfahren und Behandlungsmethoden muss stets auf Basis wissenschaftlicher Fakten erfolgen.

Auch in der Medizin ist die Wahrung der Freiheit des Individuums ein kostbares Gut, dazu gehört auch die körperliche Unversehrtheit. Die Beratung zu Schwangerschaftsabbrüchen muss erlaubt sein und die Durchführung sollte nicht pauschal kriminalisiert werden. Kriterien für die Möglichkeit eines solchen Eingriffs müssen wissenschaftlich begründet sein und die Interessen von Mutter und Ungeborenem angemessen berücksichtigen. Es darf von staatlicher Seite nicht länger toleriert werden, dass das Recht von Kindern auf körperliche Unversehrtheit durch die Glaubensvorstellungen der Eltern eingeschränkt wird. Wir lehnen eine, oft religiös motivierte, Beschneidung Minderjähriger ohne medizinische Notwendigkeit grundsätzlich ab.

Doch das Recht auf Selbstbestimmung endet nicht mit dem Erlangen der Volljährigkeit. Dem Recht auf Sterbehilfe muss stattgegeben werden und es darf nicht durch eine moralische Bevormundung einiger weniger entzogen werden. Ethische Prinzipien werden hier oft in dogmatischer Manier ignoriert.

Die Lehre an Universitäten und anderen Ausbildungsstätten in Baden-Württemberg muss auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen. Homöopathie und ähnliche Praktiken dürfen nur im Kontext wissenschaftlicher Evidenz unterrichtet werden. Sie dürfen keine wirksame medizinische Behandlung ersetzen. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die Landesärztekammer Homöopathie aus der Weiterbildungsordnung für Ärzte entfernt. Esoterik darf nicht über die Kosten der Allgemeinheit gedeckt werden, daher darf auch Homöopathie nicht mehr Teil der allgemeinen gesetzlichen Krankenversicherung sein.

Unsere Forderungen

- ✓ Überarbeitung der Gesetzgebung zum Schwangerschaftsabbruch
- ✓ Verbot von medizinisch nicht-indizierter Beschneidung an Minderjährigen
- ✓ Umsetzung des Rechts auf Sterbehilfe
- ✓ Verhinderung der akademischen Weihen für Pseudomedizin
- ✓ Streichung der Homöopathie als Satzungsleistung der Krankenkassen

BILDUNG

Wir setzen uns für ein Bildungssystem ein, das es den jungen Menschen ermöglicht, **sich frei von dogmatischen und ideologischen Einflüssen** zu selbstständigen und selbstbestimmten Individuen zu entwickeln. Für die **Stärkung persönlicher Freiheitsrechte** stehen die Vermittlung demokratischer Werte und die humanistische Aufklärung im Vordergrund.

HUMANISTISCHE BILDUNGSUMGEBUNG

Humanistische Bildung unterstützt die Persönlichkeitsentwicklung, entwickelt und stärkt Sozial- und Methodenkompetenz, selbständiges Lernen, Kreativität und die Herausbildung eigener, kritischer Meinungen im Rahmen einer positiven Lern- und Fehlerkultur. Dies sind wesentliche Voraussetzungen für eine weltoffene und inklusive Gesellschaft.



Die Basis für Bildungsreformen sollten stets die ausgereiften ideologiefreien Konzepte aus der didaktischen Forschung sein. Mit deren Umsetzung sollen die Schulen und Lehrkräfte nicht allein gelassen werden. Um eine einheitliche Umsetzung zu gewährleisten, müssen landesweite Standards eingeführt werden. Dies erleichtert beispielsweise auch den Schulwechsel innerhalb Baden-Württembergs. Langfristig wollen wir die Standards in ganz Deutschland angleichen. Die angeborene Freude am Entdecken und Lernen soll im humanistischen Bildungssystem erhalten oder möglichst schnell reaktiviert werden. Wir stehen für eine Individualisierung des Bildungspfades, damit jeder einzelne Lernende seinen Weg frei wählen und auf diesem optimal gefördert werden kann.

An einigen Schulen wurde mit dem Abschaffen von Noten in den unteren Klassenstufen zugleich ein Verbot von ehrlichen Rückmeldungen zur Schülerleistung eingeführt. Werden Probleme verschwiegen, kann jedoch keine sinnvolle Förderung erfolgen. Lehrkräfte sind frustriert, Eltern und Kinder verunsichert. Wir sagen "Fakten auf den Tisch!", um eine ehrliche und offene Feedback- und Fehlerkultur zu etablieren, anhand derer die Schüler lernen und wachsen können.

Viele Schüler haben zu Hause nur unzureichende Lernmöglichkeiten. Wir setzen uns für ein breiteres Angebot der ganztägigen Schülerbetreuung ein. Dies erweitert zudem die freie Entscheidung der Schüler über die Wahl des Orts und der Art des Lernens. Orientierungsmöglichkeiten, wie individuelle Beratungsangebote für Schüler, sollen ebenfalls ausgebaut werden.

Lehrkräfte verbringen einen stetig steigenden Teil ihrer Arbeitszeit mit Verwaltungsaufgaben - auf Kosten des Unterrichts. Wir benötigen eine Entlastung der Lehrkräfte durch schlankere Vorschriften, gezielt eingesetztes Verwaltungspersonal und unkompliziertes Arbeiten auf zentral betreuten Bildungsservern.

Die staatlich geförderte Bildung soll weitestgehend kostenlos für alle Lernenden sein. Um sich vollumfänglich auf ihre Bildung konzentrieren zu können, ist es zusätzlich wünschenswert, dass Lernende finanziell unterstützt werden. Damit ein lebenslanges Lernen möglich ist, soll diese Unterstützung unabhängig vom Alter gewährt werden.

Es gibt bereits eine Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder für Wissenschaft und Forschung. Diese sagt jedoch nichts über die Qualität der Lehre an den jeweiligen "Exzellenzuniversitäten" aus. So setzen wir uns für eine äquivalente Exzellenzinitiative für die Lehre ein. Denn neben der Forschung ist die Lehre die zentrale Aufgabe von Hochschulen und sollte neben einer Würdigung auch eine entsprechende Förderung erfahren. Studenten sollten bei der Hochschulwahl erkennen können, wie hoch die Lehrqualität an den verschiedenen Hochschulen ist.

Forderungen:

- ✓ Standardisierte Bildungsreformen auf wissenschaftlicher Basis
- ✓ Individuelle Förderung statt homogener Massenerwartungen
- ✓ Ehrliche Rückmeldung zur Schulleistung
- ✓ Ausbau von Ganztagsangeboten und Beratungsmöglichkeiten
- ✓ Weniger Verwaltungsarbeit für Lehrkräfte
- ✓ Altersunabhängige finanzielle Unterstützung
- ✓ Exzellenzinitiative für die Lehre

DIGITALE BILDUNGSINFRASTRUKTUR

Durch die Corona-Pandemie wurde besonders deutlich, wie sehr die digitale Infrastruktur im Bildungsbereich benötigt wird und wie wenig sie vorhanden ist. Denn um das Internet im Unterricht nutzen zu können, ist eine Breitband-Anbindung jeder einzelnen Schule notwendig. Wir brauchen einen deutlich schnelleren Netzausbau mit besonderem Fokus auf die Anbindung von Bildungseinrichtungen.

Damit die Digitalisierung an Schulen umgesetzt werden kann, wird mehr als nur Hardware benötigt. Lehrkräfte müssen auch kompetent damit umgehen können. Es bedarf eines breiteren Fortbildungsangebots für Lehrer zu moderner Technik und digitalen Medien, damit diese immer auf dem aktuellen Stand sind. Lehrkräfte müssen im Umgang mit moderner Technik geschult werden, keine Frage. Doch die Bereitstellung und Wartung von Hardware und Infrastruktur gehört nicht zu ihrem Berufsfeld. Diese Aufgaben sollten von professionellem IT-Personal erledigt werden, damit Lehrkräfte sich auf ihren Beruf konzentrieren können. Mehr Infos dazu findest du im Abschnitt Digitalisierung.

Nicht alle Kinder haben zu Hause Zugriff auf Laptop, Tablet oder Desktop-PC. Besonders während der Corona-Pandemie ist dies deutlich geworden. Vielen mangelt es auch an einem ruhigen Ort, an dem sie an solchen Endgeräten arbeiten können. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden, um die Bildungsbenachteiligung zu reduzieren. Wir setzen uns daher für Möglichkeiten zur Ausleihe von Endgeräten oder der entsprechenden Nutzung vor Ort ein.

Unsere Forderungen

- ✓ Breitband-Internet an jeder Schule
- ✓ Weiterbildungen für Lehrer zum Umgang mit moderner Technik
- ✓ IT-Personal an Schulen
- ✓ Flächendeckende Bereitstellung von Endgeräten

MOBILITÄT

Mobilität ist für Baden-Württemberg ein besonderes Thema mit seinen Autokonzernen und unzähligen Zulieferbetrieben. Eingriffe in den Mobilitätssektor sind hier auch in besonderem Maße Eingriffe in den individuellen Wohlstand unseres Landes. Denn dieser umfasst nicht nur eine technologische Wende im Automobilbereich, sondern auch eine **Weiterentwicklung unserer Verkehrssysteme** im Allgemeinen und die Verbesserung des Nah- und Fernverkehrs im Speziellen. Der Mobilitätssektor steht **vor großen gesellschaftlichen und technologischen Herausforderungen**, die man rational angehen und lösen muss, denn Fortbewegung muss in **Zukunft nachhaltig und CO2-neutral** erfolgen.



MOBILITÄT NACHHALTIG GESTALTEN

Auch über dem Mobilitätssektor schwebt der Klimawandel und die Notwendigkeit der CO2-Neutralität unserer Verkehrssysteme. Neben technologischen Veränderungen wie der E-Mobilität gilt es auch einen Wechsel der Mobilitätsformen attraktiv zu gestalten, etwa für den Rad- und den Zugverkehr.

Für den motorisierten Verkehr steht die E-Mobilität derzeit im Mittelpunkt. Doch darüber hinaus müssen auch die Optionen zur Nutzung von Power-to-X, Wasserstoff und anderen Energiequellen weiter erforscht und gefördert werden. Während die Dekarbonisierung beim Zugverkehr direkt über die Stromerzeugung erreicht werden kann, bedarf es beim Individual-, Bus- und Schwerlastverkehr einer anderen Herangehensweise. Hier fehlt es nach wie vor an geeigneter Ladeinfrastruktur für eine umfassende Elektrifizierung. Diese muss flächendeckend ausgebaut werden und vor allem dort verfügbar sein, wo Fahrzeuge längere Zeit abgestellt werden, beispielsweise in Parkhäusern und an Supermärkten. Ein Ausbau von Carsharing-Angeboten kann außerdem, durch feste Abstellplätze, direkt damit verknüpft werden. Dies hat den positiven Nebeneffekt, dass der notwendige Parkraum in Stadtgebieten reduziert werden kann, da weniger Menschen auf das eigene Fahrzeug angewiesen sind.

Um die Wettbewerbsfähigkeit von CO2-neutralen Fortbewegungsmitteln zu erhöhen, ist der Einsatz einer angemessenen CO2-Steuer notwendig. Hiermit lässt sich eine klimafreundliche Fortbewegung für alle Verkehrsteilnehmer ermöglichen. Diese muss allerdings europaweit eingeführt werden - dafür setzen wir uns ein. Ein Umstieg auf alternative, CO2-neutrale Mobilitätsformen ist ebenfalls Kernbestandteil einer nachhaltigen Mobilitätswende. Neben dem Nah- und Fernverkehr müssen vor allem die Radwegenetze sicherer ausgestaltet und besser vernetzt werden. So ist auch ein Radschnellwegenetz zwischen den großen Pendlerzentren ein wichtiger Baustein bei der Entlastung der Straßen.

Unsere Forderungen

- ✓ Ausbau der E-Lade-Infrastruktur
- ✓ Ausbau von Carsharing Angeboten
- ✓ Forschungs- und Innovationsförderung für nicht-fossile Antriebsarten
- ✓ Europaweite CO2-Steuer
- ✓ Ausbau des Radwegenetzes in der Stadt und auf dem Land

NAH- & FERNVERKEHR AUSBAUEN UND VERNETZEN

Der Nah- und Fernverkehr muss weiter ausgebaut und besser vernetzt werden. Das gilt insbesondere für die Anbindung zwischen dem ländlichen Raum, großen Zentren und dem direkten Umland.

Erster Ansatzpunkt ist hierbei eine bessere Verzahnung der Fahrpläne, auch über Tarifgebiete hinweg. Es muss möglich sein, auf allen relevanten Nahverkehrsrouten, die Wartezeiten auf maximal 30 Minuten zu beschränken. Des Weiteren gilt es zu prüfen, wie man durch Bahnstreckenreaktivierung neue Kommunen wieder an das Schienennetz anschließen kann, um somit auch den individuellen Pendlerverkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen. Dabei muss ein langfristiger Planungshorizont auch die zukünftige Entwicklung von Fahrgastzahlen ins Auge fassen. Grundsätzlich gilt, dass nicht jede Strecke wirtschaftlich betrieben werden muss. Eine gute Anbindung an den Nah- und Fernverkehr ist wichtig, um auch den ländlichen Raum attraktiv zu gestalten. Wo eine nachhaltige Einrichtung eines Nahverkehrsnetzes nicht dauerhaft möglich ist, müssen innovative und bedarfsgerechte Transportmöglichkeiten geschaffen werden.



Nicht nur der Nahverkehr muss auf der Schiene ausgebaut werden. Auch der Güterverkehr muss von der Straße zurück auf die Schiene. In der Reaktivierung und dem Ausbau von Industriegleisen und anderen Gleistrassen sehen wir auch eine kurzfristige Option. Insbesondere große Logistikzentren benötigen eine direkte Schienenanbindung.

Durch ein erhöhtes Aufkommen an Individualverkehr und einer Überlappung der Mobilitätsformen sind viele Städte zunehmend gefordert. Es entstehen Konfliktzonen und Unfallschwerpunkte. Das Konzept der autogerechten Stadt hat schon lange ausgedient und macht Platz für eine menschengerechte Stadt. Wir sehen die Zukunft unserer Städte in einem fußläufigen Erlebnis, welches mit Bahn und Rad ergänzt werden kann. Daher müssen Umstiegsmöglichkeiten von PKW auf andere Verkehrsmittel eingerichtet und attraktiv gestaltet werden.

Unsere Forderungen

- ✓ Bessere Anbindung des ländlichen Raumes
- ✓ Stärkere Vernetzung der Tarifgebiete
- ✓ Reaktivierung von Bahnstrecken zur Lückenschließung im Bahnnetz
- ✓ Güterverkehr von der Straße auf die Schiene verlagern
- ✓ Förderung von innovativen Mobilitätsformen
- ✓ Verkehrsberuhigung von Innenstädten
- ✓ Vernetzung der Mobilitätsformen vorantreiben

DIGITALISIERUNG

Die Digitalisierung wird unsere Zukunft prägen. Wir möchten ihre Chancen frühzeitig ergreifen und fördern, auch um potentielle Gefahren rechtzeitig entgegen zu wirken. Digitalisierung und Automatisierung können die Effizienz der Wirtschaft steigern und großen Einfluss auf unser Alltags- und Arbeitsleben haben. Die Entwicklung in der Forschung, z.B. zur künstlichen Intelligenz und zum autonomen Fahren, lassen weitere gravierende Änderungen erahnen. Wir wollen Deutschland nicht nur auf die zunehmenden Veränderungen vorbereiten, sondern diese **mutig vorantreiben und positiv beeinflussen**. Dabei darf Digitalisierung nicht zum **Selbstzweck** werden. Wir wollen daher die unterliegenden Technologien und die Forschung fördern, bei der Anwendung jedoch abwägen, ob eine Digitalisierung im jeweiligen Fall sinnvoll ist.



Das Menschenrecht auf Privatsphäre kann nur geschützt werden, wenn beim Datenschutz grundsätzlich **informationelle Selbstbestimmung gewährleistet** wird. Je mehr Daten digital verarbeitet werden, umso wichtiger ist es, Datenschutz und Datensparsamkeit schon von Beginn an konsequent umzusetzen. Dabei darf Datenschutz auf keinen Fall Selbstzweck werden oder gar als Vorwand für eine eigentlich technikfeindliche Haltung dienen. Entscheidungen müssen **zeitgemäß, transparent, verständlich und praktikabel** sein.

UPGRADE DER INFRASTRUKTUR

Das Internet ist eine für alle Wirtschaftszweige relevante Ressource, die essenziell für Innovation, Wachstum und internationale Wettbewerbsfähigkeit ist. Dafür brauchen wir eine einfache, praxisnahe und sichere Rechtslage für Kommunikation, Online-Handel und Datenschutz. Netzneutralität ist dabei ein wichtiger, schützenswerter Baustein.

Wir sehen im Internet auch ein Werkzeug der Demokratie und wollen es vor Manipulation und Machtmissbrauch schützen. Wir wollen eine Kultur der Freiheit, Offenheit, Dezentralität und Kooperation fördern. Staatliche Zensur darf nicht toleriert werden.

Privatleute und Unternehmen benötigen jederzeit und flächendeckend schnellen und stabilen Zugang zum Internet, sowohl durch Breitbandanschlüsse wie auch über das Mobilfunknetz. Wo der Ausbau der Infrastruktur nicht ausreicht oder nicht in angemessener Zeit erfolgt, muss dieser Missstand beispielsweise durch Regulierung, zusätzliche Anreize oder staatliche Investitionen behoben werden. Hierzu sollen die Kriterien und bürokratischen Hürden herabgesetzt werden.

Öffentliche Einrichtungen wie beispielsweise Schulen und Bibliotheken benötigen eine zeitgemäße und angemessene digitale Ausstattung. Anstelle von Einzellösungen an den jeweiligen Standorten sollen bestehende Lösungen hierbei soweit wie möglich von einer verantwortlichen Stelle bereitgestellt werden. Darüber hinaus muss für die einzelnen Standorte vor Ort Fachpersonal bereitstehen, um einen stabilen Betrieb zu gewährleisten.

Die Digitalisierung der Behörden soll zügig vorangetrieben werden. Alle für Bürger zugänglichen Leistungen sollen auch online verfügbar und verständlich sein. Dabei steht weiterhin auch der klassische Behördengang zur Verfügung, insbesondere für Personen, die keinen Zugang zu

entsprechenden Technologien haben. Bibliotheken sollen als generelle Weiterbildungsstätten wie auch die Bürgerämter einen Zugang zu den notwendigen Technologien hierfür bereitstellen und bei der Nutzung unterstützen. Die Umsetzung soll dabei landesweit einheitlich erfolgen und im Idealfall auch mit anderen Bundesländern abgestimmt werden.

Forderungen:

- ✓ Herabsetzung der Anforderungen für die Finanzierung des Breitbandausbaus
- ✓ Einheitliche Infrastrukturen und Personal vor Ort für öffentliche Einrichtungen
- ✓ Beschleunigung der Digitalisierung der Behörden
- ✓ Öffentlicher Zugang zu digitalen Behördengängen an Bibliotheken

DIGITALISIERUNG FÜR GESELLSCHAFTLICHEN MEHRWERT

Software soll nicht nur kommerziell attraktiven Zielen dienen können. Zusätzlich zur Förderung von Startups wollen wir auch digitale Projekte mit gesellschaftlichem Mehrwert fördern, die nicht kommerziell realisierbar sind. Beispiele hierfür sind Anwendungen im Bereich der Bildung, in denen Datenschutz, Qualität und Wiederverwendbarkeit wichtig sind. Dabei sollen auch Initiativen zur Sammlung von Ideen für Digitalisierungsprojekte gefördert werden. Denkbar sind hier runde Tische und andere Formen der Bürgerbeteiligung.

Software, die aus öffentlichen Mitteln finanziert wird, muss unter einer freien Lizenz veröffentlicht werden, damit sie allen zur Verfügung steht. Im ersten Schritt betrifft dies Software, die für spezielle Anwendungsfälle eines öffentlichen Auftraggebers entwickelt wird. Ein erfolgreiches Beispiel ist die Corona-Warn-App. Eine Veröffentlichung bietet mehrere Vorteile. So kann die Software beispielsweise auch von anderen genutzt und verbessert werden, davon profitiert auch der ursprüngliche Auftraggeber. Außerdem ist es dadurch einfacher, Sicherheitslücken zu identifizieren und zu schließen.

Unsere Forderungen

- ✓ Finanzielle Förderung von digitalen Projekten mit gesellschaftlichem Mehrwert
- ✓ Staatlich finanzierte Software soll frei zugänglich sein

LANDWIRTSCHAFT

In kaum einem anderen Wirtschaftszweig treffen **Fortschritt und Tradition** so stark aufeinander wie in der Landwirtschaft. Wir setzen uns ein für die Entwicklung hin zu einer effizienten und zugleich umweltfreundlichen Landwirtschaft. Als progressive Partei sehen wir hierbei im technologischen Fortschritt keinen dogmatischen Feind, sondern die Grundlage, um unsere **Nahrungsversorgung nachhaltig sicherzustellen und unsere Umwelt zu schützen**.

Die Verbesserung bestehender und vor allem auch die Entwicklung ganz neuer landwirtschaftlicher Technologien sind für den Umweltschutz von strategischer Bedeutung und müssen entsprechend offen angegangen, erforscht und bei Bedarf gefördert werden. Verstärkte Automatisierung und Digitalisierung sowie neue Ansätze wie Vertical Farming bergen großes Potential, in diesem wichtigen Wirtschaftssektor benötigte Flächen zu reduzieren. Dies erlaubt es, freiwerdende Flächen als Rückzugsräume für die Tier- und Pflanzenwelt zu nutzen und zu renaturieren, was wir zum Schutz der Biodiversität durch entsprechende Anreize fördern wollen.



Durch weitere innovative Konzepte wollen wir diese nachhaltige Intensivierung noch stärker vorantreiben und damit die Artenvielfalt schützen, beispielsweise durch effizienteren Pestizideinsatz mithilfe von Robotik, aber auch durch moderne Gentechnik, die Ertrag und Widerstandsfähigkeit von Pflanzen erhöhen kann. Wissenschaftlich nicht haltbare Hürden beim Einsatz dieser Technologien müssen daher abgebaut werden. Insbesondere vor dem Hintergrund des Klimawandels und anderer menschlicher Aktivitäten besteht hier erhöhter Forschungsbedarf. Steigende Erwärmung, Austrocknung, Überschwemmungen und Versalzung führen bereits heute zu Ernteverlusten und dem Verlust von Anbauflächen. Grüne Gentechnik, die sich mit Veränderungen am Genom von Pflanzen befasst, kann hier einen wichtigen Beitrag leisten. Wir befürworten einen verantwortungsvollen Einsatz dieser Technologie, da die wissenschaftliche Studienlage zu Gentechnik eindeutig ist. Ebenso setzen wir uns für eine wissenschaftlich fundierte Bewertung von sachgemäß angewendeten Pflanzenschutzmitteln ein. Aus unserer Sicht sind effizient eingesetzte Pestizide, die Ackerfrüchte vor Schädlingen schützen und zugleich möglichst minimale Nebenwirkungen auf die restliche Umwelt haben, auch in näherer Zukunft nicht zu ersetzender Bestandteil unserer Landwirtschaft.

Misstände in der Tierhaltung, insbesondere der Massentierhaltung, müssen beendet werden. Wir setzen uns darum beispielsweise für die Aufzucht von Bruderkühen und das Ende des Kastenstands ein. In Tierbetrieben müssen artgerechte Haltungsbedingungen gewährleistet werden. Wir setzen uns außerdem für verstärkte Forschung zur Entwicklung und Sicherung einer tierhaltungsfreien Ernährung als Ergänzung und Alternative zur konventionellen Produktion ein. Wesentliche Fortschritte konnten beispielsweise bereits im Bereich Kulturfleisch sowie bei rein pflanzlichen Alternativen verzeichnet werden. Aussichtsreiche Ansätze dieser Art verdienen aufgrund ihrer potenziell weitreichenden positiven Folgen für das Tierwohl, die Umwelt und das Klima besondere Förderung. Öffentlich geförderte Kantinen, beispielsweise Mensen an

Universitäten, sollen aus diesem Grund auch verpflichtet werden, täglich zumindest eine vollwertige vegane Essensoption anzubieten.

Unsere Forderungen

- ✓ Forschungsförderung für neue Technologien in der Landwirtschaft
- ✓ Anreize zur verstärkten Automatisierung und Digitalisierung der Landwirtschaft
- ✓ Schaffung von Rückzugsräumen für die Tier- und Pflanzenwelt
- ✓ Evidenzbasierter Umgang mit neuen Technologien wie grüner Gentechnik
- ✓ Für artgerechte Haltungsbedingungen und gegen Missstände in der Tierhaltung
- ✓ Förderung von nachhaltigen Tierfleischalternativen

SOZIALPOLITIK

Humanistische Sozialpolitik setzt auf **Chancengleichheit, Hilfe zur Selbsthilfe und Unterstützung in der Not**. Es ist unser grundlegendes Ziel, dass sich jeder Mensch frei entfalten und ein **gleichberechtigtes und mitwirkendes Mitglied unserer Gesellschaft** sein kann. Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht in der Lage sind, für sich selbst zu sorgen, bedürfen besonderer Unterstützung durch die Gesellschaft.



Wir lehnen Arbeitszwang und Strafmaßnahmen ab, die Menschen bevormunden und in ihrer Selbstbestimmung beeinträchtigen. Es braucht Maßnahmen, die Menschen motivieren und ermutigen, bessere Qualifikationen zu erlangen und auch selbstständig tätig zu werden. Eltern müssen dabei spürbar entlastet werden, zum Beispiel bei der Wahl der Kindertagesstätte. Wir stehen für den Anspruch auf einen kostenfreien Kita-Platz in der Nähe des Wohnorts, der von einem weltanschaulich neutralen Träger zur Verfügung gestellt wird.

Soziale Fairness darf nicht Opfer von überbordender Bürokratie werden. Viele Prozesse, insbesondere zur Beantragung von staatlichen Leistungen, sind derzeit sehr kompliziert gestaltet. Einerseits ist eine genaue Prüfung erforderlich, um Leistungen nicht unberechtigt zu erbringen, andererseits muss aber auch geprüft werden, ob die Bürokratie hier noch im Verhältnis zum Erfolg steht. So ist es beispielsweise nicht sinnvoll, teure Prüfungen einzusetzen, um verhältnismäßig geringe Beträge zu kontrollieren. Insbesondere bei Prozessen zur Unterstützung von Bedürftigen dürfen Auszahlungen nicht durch unnötig komplizierte Prozesse verhindert oder verringert werden.

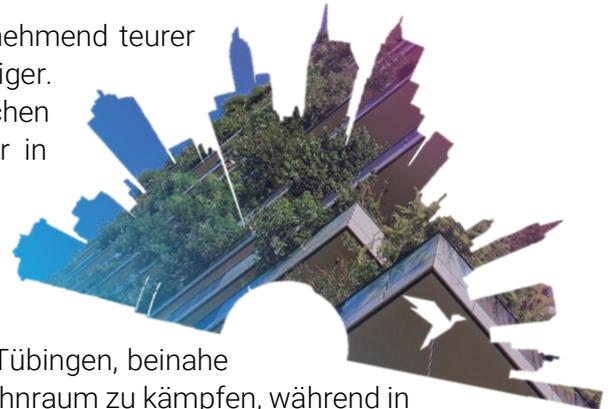
Wir setzen uns für die Einführung eines universellen Grundeinkommens ein. Diese Einführung muss, basierend auf einem zu erarbeitenden und tragfähigen Konzept, über einen langen Zeitraum schrittweise erfolgen und Möglichkeiten bieten, Fehlentwicklungen zu erkennen und korrigierend einzugreifen. Deswegen möchten wir den Start eines regional begrenzten Grundeinkommen-Experiments vorantreiben, um bei einer zukünftigen flächendeckenden Einführung auf eine gute Datengrundlage zurückgreifen und hierbei Verbesserungen vornehmen zu können.

Unsere Forderungen

- ✓ Selbstbestimmung und freie Entfaltung als mitwirkendes Mitglied der Gesellschaft
- ✓ Kostenlose und weltanschaulich-neutrale Kindertagesstätten
- ✓ Flächendeckender Bürokratieabbau öffentlicher Prozesse
- ✓ Landesexperiment zum Grundeinkommen (BGE-Experiment)

WOHNEN

Wohnen in den Städten Baden-Württembergs wird zunehmend teurer und das Finden von neuem Wohnraum immer schwieriger. Dies ist unter anderem eine Folge des demographischen Wandels und Versäumnissen der Entscheidungsträger in den vergangenen Jahrzehnten. Es ist schon lange überfällig, den **Mangel an bezahlbarem Wohnraum einzugrenzen. Angemessenes und bezahlbares Wohnen muss für jeden möglich sein.**



Egal ob Stuttgart, Heidelberg, Karlsruhe, Freiburg oder Tübingen, beinahe jede Stadt in Baden-Württemberg hat mit fehlendem Wohnraum zu kämpfen, während in ländlichen Kommunen beispielsweise im Schwarzwald der Leerstand steigt. Ein erster Schritt zur Entlastung der Ballungsgebiete liegt in einer besseren Nah- und Fernverkehrsanbindung des umliegenden Landes sowie der allgemeinen infrastrukturellen Aufwertung durch eine ausreichende Nahversorgung.

Gerade in den großen Städten bedarf es jedoch einer nachhaltigen und langfristig ausgelegten Entwicklung des Wohnumfelds. Hierbei muss Bürokratie spürbar abgebaut, Hürden für Wohnentwicklungsprojekte reduziert und unnötige Subventionen vermieden werden. Anstatt weiter in die Fläche zu wachsen, müssen die Potentiale der Innenentwicklung mit Höhe und nachhaltigen Baustoffen genutzt und eine Versiegelung von Grünflächen vermieden werden. Neue Entwicklungen müssen auf Basis einer Konzeptvergabe erfolgen, anstatt an den Meistbietenden veräußert zu werden. Die Finanzierung von sozialem Wohnraum muss langfristig abgesichert und durch den weiteren Aufbau der öffentlichen Wohnungsbauunternehmen gefördert werden. Das Land kann hier die besondere Aufgabe der Bodenbevorratung übernehmen, um sich langfristig Flächen für zukünftige Entwicklungen zu sichern.

Privatpersonen müssen beim Erwerb von Wohneigentum spürbar entlastet werden, denn während große Firmen Grunderwerbssteuern geschickt umgehen können, bleiben diese zusammen mit Maklergebühren für private Käufer eine unnötig hohe Belastung. Eigentum sichert vor Armut, weswegen die Erwerbsnebenkosten spürbar gesenkt werden müssen, unter anderem durch eine Deckelung der Maklergebühren und einer Erhöhung des Freibetrags der Grunderwerbssteuer.

Wohnraum darf nicht zum Luxusobjekt werden, auch nicht in unseren Städten. Eine langfristige Planung und umsichtige Förderung können hier nachhaltig dafür sorgen, dass Wohnen nicht zur Armut führt.

Unsere Forderungen

- ✓ Aufwertung und Anbindung des ländlichen Raums an die Ballungsgebiete
- ✓ Schaffung von neuem Wohnraum durch Höhe anstatt Fläche
- ✓ Konzeptvergabe für Projekte der öffentlichen Hand
- ✓ Öffentliche Bodenbevorratung vorantreiben
- ✓ Entlastung von Privatpersonen beim Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum

SÄKULARISIERUNG

Wir sehen die Bundesrepublik Deutschland perspektivisch als einen **laizistischen Staat**, der unbeeinflusst von religiösen oder sonstigen Weltanschauungen oder Ideologien **für alle Bürger des Landes gleiche Rahmenbedingungen zu schaffen** hat.

Für uns bedeutet dies insbesondere, dass der Staat und mit öffentlichen Aufgaben betraute Institutionen gegenüber dem Bürger grundsätzlich religiös-weltanschaulich neutral auftreten und dass religiös-weltanschauliche Überzeugungen einzelner Gruppen nicht länger für alle Bürger verbindlich gemacht werden. Wir fordern daher die Streichung des Gottesbezugs und anderer religiös begründeter Sonderrechte aus dem Grundgesetz, den Landesverfassungen und sonstigen Gesetzen.



Daher sind Religionsunterricht und Weltanschauungsunterricht an allen staatlichen Schulen abzuschaffen und durch ein allgemeines Pflichtfach Ethik zu ersetzen, welches von der ersten Klasse an erteilt wird. Damit auch genug Lehrkräfte zur Verfügung stehen, wollen wir entsprechende Weiterbildungen für Religionslehrer sowie zusätzliche Lehrstühle und Lehramtsstudiengänge für das Fach Ethik an pädagogischen Hochschulen einrichten. Die Konfessionszugehörigkeit der Schüler darf von den Schulen nicht länger erfasst werden.

In den Landesverfassungen sind die betreffenden Artikel, durch die der Religionsunterricht zum ordentlichen Lehrfach erklärt wird, zu streichen. Wir halten dies verfassungsrechtlich für möglich, da das Grundgesetz die Einrichtung bekenntnisfreier staatlicher Schulen bereits vorsieht. Verträge der Länder oder des Staates mit den Glaubensgemeinschaften, in denen die Erteilung des Religionsunterrichts an staatlichen Schulen zugesichert wird, sind zu kündigen. Zur Not sind die entsprechenden Bestimmungen von staatlicher Seite einseitig außer Kraft zu setzen.

Kirchen, die im Bereich der Daseinsvorsorge tätig sind, müssen sich in Bezug auf das Arbeitsrecht „innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes“ (Artikel 140 Grundgesetz) bewegen. Bezogen auf Beschäftigte und andere nicht-kirchliche Leistungserbringer muss auch der allgemeine Gleichheitsgrundsatz erfüllt sein. Das allgemeine Arbeitsrecht soll auch in diesem Bereich gelten, sodass sich Beschäftigte in Gewerkschaften organisieren und den Arbeitskampf als Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen nutzen können. Eingriffe in das Privatleben zur Durchsetzung religiöser Moralvorstellungen sind zu verbieten.

Unsere Forderungen

- ✓ Abschaffung des konfessionsgebundenen Religionsunterrichts
- ✓ Einführung eines allgemeinen, verpflichtenden Ethikunterrichts
- ✓ Abschaffung des kirchlichen Arbeitsrechts in der Daseinsvorsorge
- ✓ Streichung des Gottesbezugs aus der Landesverfassung

WISSENSCHAFT

Die Wissenschaft muss, um ihrer **gesellschaftlichen Aufgabe** gerecht zu werden, sowohl frei von staatlicher Instrumentalisierung als auch von übermäßigen ökonomischen Zwängen sein. Insbesondere **Grundlagenforschung**, die zunächst keinen kurzfristigen ökonomischen Nutzen verspricht, möchten wir intensiver fördern. Leitende Verantwortungsträger innerhalb staatlicher Wissenschaftseinrichtungen müssen vor politischer Einflussnahme besonders geschützt werden. Der prekären Beschäftigungssituation des akademischen Mittelbaus an Hochschulen soll durch strengere Mindestgrenzen für die Laufzeit von befristeten Arbeitsverträgen und einer **Förderung von Dauerstellen** begegnet werden.



Wissenschaftliche Erkenntnisse sollen durch eine allgemeinverständliche, sachliche Darstellung sowie durch kompetente Diskussion in den Medien und in der Öffentlichkeit möglichst breiten Bevölkerungsschichten zugänglich gemacht werden. Forschungsergebnisse, die durch öffentliche Institutionen finanziert wurden, müssen für die Öffentlichkeit frei zugänglich sind. Wir halten in der Finanzierung der Wissenschaft Transparenz für notwendig, um potentielle Interessenkonflikte und Einflussnahmen erkennen und vorbeugen zu können. Alle rechtlichen Hürden des freien wissenschaftlichen Austausches möchten wir, so weit wie unter Wahrung der geistigen Eigentumsrechte der Urheber möglich, abbauen.

Die Raumfahrt ist ein wichtiges Forschungsgebiet und entscheidender Faktor für die Zukunft der Menschheit. Wesentliche Aspekte unserer Zivilisation wären ohne sie kaum noch denkbar. Dazu zählen beispielsweise Navigation, Kommunikation, Wetter- und Klimaforschung sowie Katastrophenhilfe und Ernteoptimierung. Wir setzen uns daher dafür ein, dass es einen rechtssicheren Rahmen für Unternehmen geschaffen wird, dass Richtlinien für eine nachhaltige Raumfahrt entwickelt und die Förderung visionärer Projekte wie Kolonisierungstechnologien und weltraumbasierter Produktion vorangetrieben werden.

Unsere Forderungen

- ✓ Verstärkte Förderung von Grundlagenforschung
- ✓ Höhere Mindestgrenzen für Zeitverträge und Schaffung von Dauerstellen
- ✓ Verbesserte Kommunikation von Forschungsergebnissen in der Öffentlichkeit
- ✓ Öffentlich geförderte Forschung muss die Ergebnisse offen und frei zur Verfügung stellen
- ✓ Verbesserte Transparenz in der Wissenschaftsförderung
- ✓ Bessere Rechtssicherheit für raumfahrtorientierte Unternehmen

EUROPA

Wir bekennen uns klar zu einem vereinten Europa. Wir sind überzeugt, dass es einen **vollwertigen Staat Europa** braucht, um die Herausforderungen unserer Zeit anpacken zu können. Ganz im Sinne der Landesverfassung fordern wir, Baden-Württemberg "als lebendiges Glied [...] in einem vereinten Europa, dessen Aufbau föderativen Prinzipien und dem Grundsatz der Subsidiarität entspricht, zu gestalten und an der Schaffung eines Europas der Regionen sowie der **Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit** aktiv mitzuwirken" (Vorspruch, Verfassung des Landes Baden-Württemberg).



Wir setzen uns ein für die Vollendung der Europäischen Union (EU) zu einer vollwertigen Bundesrepublik Europa (BRE). In diesem föderal aufgebauten Staat sind die Menschen der wichtigste Bezugspunkt. Wir wollen die Probleme der EU beheben und sie demokratischer, bürgernäher und effizienter machen. An die Stelle der Nationen treten bei uns starke, sich selbst verwaltende Regionen, über deren Gebiet und Zugehörigkeit zur BRE die Bürger in Volksabstimmungen entscheiden. Dadurch bewahren wir die kulturelle Identität der Regionen und sichern gleichzeitig die Gemeinschaft als Ganzes.

Wir wollen mit unserem Angebot sowohl die Europa-Enthusiasten und Föderalisten als auch die gemäßigten Kritiker zusammenbringen, denn nur gemeinsam können wir ein besseres Europa und damit eine bessere Welt schaffen. Deshalb stellt unser Modell stets auch einen Kompromiss zwischen Idealen und Pragmatismus, zwischen regionaler Identität, nationalem Zugehörigkeitsgefühl, europäischer Identität und Überstaatlichkeit dar.

Doch was bedeutet das für dich als Bürger der Region Baden-Württemberg?

- ✓ Deine politische Repräsentation findet direkt in der Region und nicht fernab in Berlin statt. Dadurch hast du größeren Einfluss auf die Politik deiner Region.
- ✓ Baden-Württemberg ist mit Abgeordneten im europäischen Rat der Regionen (ähnlich zu unserem Bundesrat) vertreten und kann so regionale Bedürfnisse in den Gesetzgebungsprozess einfließen lassen. Der Rat kann eigene Gesetzesinitiativen einbringen, Änderungsanträge zu Initiativen des Europaparlaments einreichen und hat ein Vetorecht. Dadurch bist du näher dran als aktuell an der Politik Europas.
- ✓ Gemeinsame Herausforderungen auf europäischer Ebene werden gemeinschaftlich auf Bundesebene gelöst. Durch den Wegfall der nationalstaatlichen Ebene verläuft der Gesetzgebungsprozess auch effizienter und schneller.
- ✓ Die kulturelle Identität Baden-Württembergs wird erhalten und bewahrt.
- ✓ Eine europäische Verfassung schützt deine Rechte und stellt einheitliche Rechtsstandards in ganz Europa sicher.

- ✓ Durch eine gemeinsame europäische Politik wirst du als Bürger eines Landes nicht mehr gegen die Bevölkerung eines anderen Landes ausgespielt.
- ✓ Als sich selbst verwaltende, starke Region regelt Baden-Württemberg alle politischen Themen der Region auch direkt vor Ort.
- ✓ Ein enger Austausch von Erfahrungen und Expertise mit unseren Nachbarn und den anderen Regionen stärkt das Gemeinschaftsgefühl innerhalb Europas.

Ein möglicher Schritt in diese Richtung ist der Ausbau unserer grenzüberschreitenden Infrastruktur. Bereits jetzt stehen uns in Europa viele Ziele offen. Wir möchten noch enger mit unseren europäischen Nachbarn zusammenwachsen und machen uns stark für einen stärker vernetzten Fern- und Nahverkehr zwischen Baden-Württemberg und unseren Nachbarländern Schweiz und Frankreich. Gleichzeitig wollen wir länderübergreifende Bildungsprojekte fördern, wie beispielsweise den trinationalen Universitätsverbund Eucor.

WAR DAS SCHON ALLES?

Natürlich nicht! Als Partei der Humanisten haben wir den Anspruch, eine Vollprogrammparty zu sein. Einige Auszüge aus unserem Grundsatzprogramm findest du unten - und viele weitere Punkte auf unserer Internetseite: <http://www.diehumanisten.de>

UMWELTSCHUTZ

Der Mensch ist eine enorme gestalterische Kraft auf diesem Planeten. Eingriffe in die belebte und unbelebte Natur sind die Grundlage jeder Zivilisation, verändern aber auch die elementaren Kreisläufe des Lebens. Folgen davon sind unter anderem Klimaveränderungen, instabile Ökosysteme und Verluste an Arten- und Biotopvielfalt. Dies hat bereits heute massive negative Auswirkungen auf Menschen und andere Lebewesen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, **schädliche Einflüsse auf Lebewesen und Umwelt auf ein mögliches Minimum zu reduzieren.**

Wir betrachten Prävention und Regeneration als zentrale Konzepte für den Umweltschutz. Unter Prävention verstehen wir die Verringerung weiterer Zerstörungen und Verschmutzungen, etwa durch bewussten Konsum und Recycling von Ressourcen. Zudem sehen wir viel Potenzial für den Umweltschutz in der Verbesserung bestehender und der Entwicklung neuer Technologien in der Landwirtschaft, im Verkehrswesen und im Energiesektor. Regeneration ist notwendig, um die vom Menschen verursachten Belastungen der Umwelt nachhaltig zu beseitigen und so ihre negativen Auswirkungen zu verringern. Wo Schaden an der Umwelt entsteht, fordern wir sinnvolle Regenerations- und Ausgleichsmaßnahmen.

Grundlage für Prävention und Regeneration ist das Verständnis der ökologischen, ökonomischen und sozialen Zusammenhänge. Wir unterstützen daher im Sinne der nachhaltigen Entwicklung explizit die Forschungsförderung auf diesen Gebieten sowie die Verankerung entsprechender Inhalte in Lehrplänen.

FAMILIE

Familie ist, wo Kinder sind. Wir setzen uns dafür ein, dass Familienpolitik genau hier ansetzt. Der Beziehungsstatus der Eltern ist zweitrangig, somit müssen die Begriffe „Ehe“ und „Familie“ aus ihrer traditionellen, religiösen Festlegung befreit werden.

Wir wollen, dass der Staat grundsätzlich seine Familienpolitik kinderfreundlich und zukunftsorientiert ausrichtet. Familiengründungen sind vom Staat so zu fördern, dass in unserer Gesellschaft Kinderkriegen kein Armutsrisiko ist. Wir treten für eine Liberalisierung des Adoptions- und Abtreibungsrechts ein. Ausschlaggebend für eine gute Kindheit sind Liebe, Zuneigung und Fürsorge der Erziehungsberechtigten – nicht ihr Geschlecht. Die Adoption muss zum Wohle des Kindes geschehen und nicht nach den Wünschen der werdenden Eltern. Wir fordern auch die Ausrichtung der Familiengerichtsbarkeit im Sinne der Kinder.

Wir fordern die rechtliche Gleichstellung von Partnerschaften in allen Belangen, unabhängig von ihrer geschlechtlichen Konstellation. Ein Sonderrecht zweiter Klasse, wie es lange Zeit z.B. für gleichgeschlechtliche Partnerschaften bestand, lehnen wir ab.



SICHERHEIT

Wir wollen die **Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten**, ohne deren Freiheit unnötig zu beschränken. **Im Zweifel entscheiden wir uns für die Freiheit.**

Wir unterstützen den föderalen Aufbau der Polizei, legen jedoch Wert auf bundeseinheitliche Mindeststandards. Zudem muss die bundes- und auch europaweite Zusammenarbeit stark ausgebaut werden. Dies begründet sich in der zunehmenden Mobilität und Internationalität krimineller Akteure. Die Polizei muss einer eindeutigen Kennzeichnungspflicht unterliegen. Bei der Ausbildung muss der Schwerpunkt auf einem aktiven und sensiblen Entscheidungsträger, der verantwortungsbewusst und deeskalierend arbeitet, liegen. Um beim Verdacht auf unrechtmäßig getroffene oder durchgesetzte Maßnahmen sachgerecht und neutral zu ermitteln, ist eine unabhängige Dienststelle notwendig. Extremistischen oder staatsfeindlichen Tendenzen innerhalb der Reihen der Gesetzeshüter muss entschieden entgegengetreten werden.

Damit der ebenfalls föderalistisch angelegte Verfassungsschutz seinen Aufgaben gerecht werden kann, muss für eine bessere Kontrolle durch die parlamentarische Aufsicht gesorgt werden. Die Organisation, Kompetenzen und Befugnisse der deutschen Nachrichtendienste müssen so ausgestaltet werden, dass sie den Erfordernissen der gesetzlichen Aufgabenerfüllung, insbesondere der Terrorbekämpfung, Spionageabwehr und Bekämpfung verfassungsfeindlicher Bestrebungen, gerecht werden. Gleichzeitig soll dabei ein größtmöglicher Datenschutz gewährleistet und unsachgemäße Sammlung persönlicher Daten verhindert werden.

WIRTSCHAFT

Die Soziale Marktwirtschaft ist die einzige Wirtschaftsordnung, die mit humanistischen Werten wie individueller Freiheit, **fairem Interessenausgleich** und Hilfe zur Selbsthilfe vereinbar ist. Unser Ziel ist eine Marktwirtschaft, die sowohl von staatlicher Willkür als auch von monopolisierter Wirtschaftsmacht frei ist und sich **am Wohle aller ausrichtet**.

Eine vitale und dynamische Wirtschaft ist Voraussetzung für soziale Wohlfahrt. Daraus resultiert unser Eintreten für den Wettbewerb, für Existenzgründungen und das Verhindern von Monopol- und Kartellbildung. Der Wirtschaft sollen faire Rahmenbedingungen ohne unnötige Belastungen eingeräumt werden.

Digitalisierung, Automatisierung und Innovationen steigern die Effizienz der Wirtschaft und haben großen Einfluss auf unser Alltags- und Arbeitsleben. Die Entwicklung in der Forschung zur künstlichen Intelligenz und zum autonomen Fahren lassen weitere gravierende Änderungen erahnen. Deutschlands Wohlstand basiert auf einem starken Mittelstand und der Maschinenbaubranche. Auch sie unterliegen einem starken Wandel und konkurrieren weltweit um ihre Position. Wir wollen Deutschland nicht nur auf die zunehmenden Veränderungen vorbereiten, sondern diese mutig vorantreiben und positiv beeinflussen.

Ein offener Austausch von Waren und Technologie hat sich in Europa und vielen Teilen der Welt als Garant für Frieden und Wohlstand bewährt. Die fortschreitende Globalisierung stellt uns aber



auch vor neue Herausforderungen. Unternehmen sind in ihrer Politik weiter als Nationalstaaten und agieren schon länger international. Das führt unter anderem dazu, dass sich für sie Möglichkeiten ergeben, Steuern zu vermeiden oder nationale Richtlinien, wie Mindeststandards oder Arbeitsschutzrechte, zu umgehen. Die Antwort darauf kann aber kein Zurück zum Nationalstaat sein, sondern nur ein Mehr an internationaler Kooperation. Wir setzen uns für internationale Verträge ein, die nicht nur freien Warenaustausch, sondern auch ein faires Steuer- und Arbeitsrecht im Blick haben.

PSYCHOAKTIVE SUBSTANZEN

Wir fordern einen Wandel hin zu einer **aufgeklärten Drogenpolitik**. Die Prohibition verfehlt nicht nur das erklärte Ziel, den Konsum von psychoaktiven Substanzen zu reduzieren, sondern führt dazu, dass Konsum und Handel unkontrolliert, unreguliert und nicht aufgeklärt stattfinden. Dies führt zudem zu einer blühenden Kriminalität.

Wir wollen die wissenschaftliche Forschung an psychoaktiven Substanzen fördern, um deren Gesundheitsgefährdung und Suchtpotential zu erschließen. Die neutralen Informationen über die Zusammensetzung und Risiken der psychoaktiven Substanzen, zu denen auch Nikotin und Alkohol gehören, schützen den Nutzer und unterstützen einen aufgeklärten Umgang mit diesen.

Wir fordern, den Umgang mit psychoaktiven Substanzen grundsätzlich zu legalisieren und entsprechend dem wissenschaftlichen Stand differenziert zu behandeln, zu regulieren und zu kontrollieren. Die Einnahmen aus einer einheitlichen Drogensteuer und die Einsparungen aus einer entfallenden, kostenintensiven Repression könnten beispielsweise einen deutlichen Ausbau der Forschung, Drogenprävention und Suchthilfe ermöglichen.





PARTEI der
HUMANISTEN **BW**
Baden-Württemberg

DU WILLST UNS BESSER KENNENLERNEN?

Folge uns auf Social Media:



@parteiderhumanisten.bw



@parteiderhumanisten_bawue



@pdh_bw

DU WILLST MEHR ÜBER UNS WISSEN?

Auf unserer Homepage findest du viele weitere Informationen:

WWW.DIEHUMANISTEN.DE/WAHLEN/BW

MACH MIT!

Gestalte mit uns die Politik von morgen:

[JETZT MITGLIED WERDEN!](#)

IMPRESSUM:

Partei der Humanisten Baden-Württemberg, Postfach 410822, 76208 Karlsruhe

